ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Knipper, Michael

Article — Published Version

Die Erwartungen der Bauwirtschaft für das kommende Jahr

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Knipper, Michael (2005) : Die Erwartungen der Bauwirtschaft für das kommende Jahr, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 85, Iss. 12, pp. 750-753, https://doi.org/10.1007/s10273-005-0455-y

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/42498

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

DOI: 10.1007/s10273-005-0455-y

Die Erwartungen der Industrie für 2006

Bei anhaltendem Aufschwung der Weltwirtschaft beschleunigt sich die konjunkturelle Erholung in Deutschland. Für 2006 sagen Konjunkturforscher ein Wachstum von 1,4% voraus, nach 0,8% in diesem Jahr. Wie schätzt die Industrie ihre Aussichten für 2006 ein?

Kunibert Schmidt

2006 stabiler Automobilabsatz trotz erschwerter Rahmenbedingungen und stagnierender Märkte

2005 war ein „Arbeitsjahr", in dem sich die deutsche Automobilindustrie die Erfolge hart erkämpfen musste. Die erfolgreiche Modellpolitik, die erkennbare deutliche Verbesserung der Produktqualität, vor allem aber die Vielzahl von Innovationen, die insbesondere von unserer Zulieferindustrie kamen, waren der Schlüssel dafür, das Jahr besser abzuschließen, als zunächst erwartet.

Mit 3,75 Mio. Einheiten wurde ein neuer Exportrekord erzielt. Das beweist, dass die Unternehmen mit ihrer Modellpolitik richtig liegen. Im Inland wurde mit 3,34 Mio. Pkw-Neuzulassungen ein leichter Zuwachs gegenüber dem Vorjahresabsatz erzielt. Der Rückgang bei den Inlandszulassungen ist damit gestoppt; eine wirklich nachhaltige Trendwende mit einer kräftigen Belebung der Marktdynamik aus sich heraus ist das aber noch nicht. Die Zulassungen bei den privaten Kunden sind noch immer von Vorsicht und Zurückhaltung geprägt – die gestiegenen Incentives beweisen das. Ohne den florierenden Absatz im Gewerbe wäre überhaupt kein Zulassungsplus erreichbar gewesen. Die einzig wirksamen – und damit entscheidenden – Impulse kamen von der Modelloffensive im IAA-Jahr. Jede dritte Neuzulassung fiel auf ein brandneues Produkt oder eine neue Motorisierung.

Der Diesel-Absatz in Deutschland hat Ende 2005 wieder an Fahrt gewonnen. Vorhersagen mancher „Experten" über Absatzeinbrüche und Wertverlust haben sich nicht bewahrheitet. Unser Marktanteil bei Diesel-Pkw mit Filter in Deutschland liegt bei über 80%. Schon 50% der deutschen neu abgesetzten Diesel-Pkw sind Fahrzeuge mit Partikelfilter.

Deutliche Zuwächse bei den Nutzfahrzeugen

Und das Autojahr 2005 hat einen kräftigen Absatzschub bei Nutzfahrzeugen, vor allem bei Schwer-Lkw gebracht, und dies auch noch auf praktisch allen großen Nutzfahrzeugmärkten der Welt. Der deutsche Schwer-Lkw-Markt stieg um 5% auf 85 000 Einheiten und der Schwer-Lkw-Export sogar um 11%.

Als Folge wurden in Deutschland im zu Ende gehenden Jahr mit rund 5,7 Mio. Kraftfahrzeugen 3% mehr Pkw und Nutzfahrzeuge hergestellt als im Vorjahr, allein bei Pkw werden es über 5,3 Mio. sein. Das ist ein Plus von 2% und das zweithöchste Fertigungsvolumen, das jemals erzielt wurde. Der Automobilstandort Deutschland hat offensichtlich trotz aller Herausforderungen seine Qualitäten. Die 5-Millionen-Marke wird im achten Jahr in Folge überschritten. 2005 wurden an den Auslandsstandorten nahezu 4,9 Mio. Kraftfahrzeuge (+1%) produziert, darunter 4,2 Mio. Pkw. Einschließlich der Konzernmarken, wie Chrysler, werden es 7 Mio. sein. Gemessen an der Weltproduktion von Pkw, die nach unserer Ein-

schätzung in diesem Jahr um 3% wachsen wird, erreichen wir einen Anteil von 22,5%.

Die deutsche Automobilindustrie ist auch im Jahr 2005 real gewachsen. Der Umsatz wird voraussichtlich um 3% auf 234 Mrd. Euro steigen. (2004: 228 Mrd. Euro). Die milliardenschwere Belastung von der Rohstoffseite wird zwar Spuren in den Material- und Ertragsrechnungen hinterlassen, aber ein Brechen der Lieferkette wurde vermieden – trotz aller Zerreißproben.

Kombination von belastenden Elementen

Entscheidend dafür, ob die Jahre 2006/2007 einen stabileren Aufwärtstrend und vor allem eine Verstetigung des Wachstums bringen werden, sind eine Reihe von Faktoren:

Im Inland überlagert Verunsicherung noch die zarten Pflänzchen des Marktzuwachses. Die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte Anfang 2007 wird zwar aller Voraussicht nach im Jahre 2006 einen Vorzieheffekt zur Folge haben. Das zeigen auch die Erfahrungen der Jahre 1983 und 1998 – damals jeweils um 1 Prozentpunkt. Rund 50 000 Einheiten wurden jeweils vorgeholt. Allerdings führte das im darauf folgenden Quartal jeweils zu einem kräftigen Rückgang der Zulassungen. Unter dem Strich erwarten wir auch 2006 – und zwar im 4. Quartal – einen Vorzieheffekt, der durchaus in der Größenordnung von 50 000 bis 80 000 Neuzulassungen liegen könnte. Diesem dürfte dann allerdings ein „Kaufabstinenzeffekt" folgen.

Diese Unstetigkeit erfordert erhebliche betriebliche Anpassungen, wenn der Übernachfrage die Unterauslastung folgt. Hersteller, Zulieferer und Vormaterialllieferanten müssen sich in ihrer Programmplanung und Bevorratung darauf einstellen. Es bleibt zu hoffen, dass die Rechnung aufgeht und dem nicht eine Phase der Unbeherrschbarkeit in der Anpassung folgt. In jedem Fall wird es eine Phase hoher Anspannung in den Unternehmen, mit Sonderschichten und anschließenden Freischichten.

Eine weitere Belastung ist die geplante Kürzung der Pendlerpauschale für die ersten 20 Fahrtkilometer zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Sie kostet den Autofahrer – je nach Familienstand und Einkommenshöhe – zwischen 330 und 530 Euro jährlich; insgesamt sind das jährlich 2 Mrd. Euro Mehrbelastung. Und: Im Jahr 2006 werden sich zwar die steuerlichen Be- und Entlastungen noch in etwa die Waage halten, die Summe der Risiken und Lasten ist aber hoch. Mit der Großen Koalition wird hoffentlich wieder mehr Berechenbarkeit in die Politik einziehen, so dass sich das Käufervertrauen vielleicht erhöht.

Die fundamentalen Daten allein – ohne den Hoffnungsfaktor der Großen Koalition und erste positive Signale der Konjunktur – würden für eine Jahresprognose für 2006 in der Größenordnung von 3,2 Millionen Pkw-Neuzulassungen sprechen. Unter Berücksichtigung dieser positiven Effekte sowie des Vorzieheffektes der Mehrwertsteuererhöhung, der neuen Modelle und des hohen Ersatzbedarfs, rechnet der VDA allerdings mit einem Absatz von 3,35 Mio. Pkw.

Für ein berechenbares und stetiges Wachstum braucht die Industrie berechenbare Rahmenbedingungen. Seit nunmehr drei Jahren liegt das Versprechen des damaligen Umweltministers vor, die Nachrüstung mit Steuererleichterungen zu belohnen – es wurde nicht eingelöst. Diese ungeklärte Frage hat zu einem erheblichen Stau im Markt geführt. Die Zulieferer haben die entsprechende Technologie entwickelt und in großem Umfang die Bevorratung mit Komponenten von Diesel-Partikelfiltern und Nachrüstsätzen vorgenommen. Diese Hausaufgaben müssen schnell erledigt werden, und auch die Möglichkeiten der Nachrüstung bei leichten und schweren Nutzfahrzeugen können einstweilen nicht ausgeschöpft werden.

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Dr. Kunibert Schmidt, 60, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt/Main.

Michael Knipper, 52, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Berlin.

Dr. Wilfried Sahm, 62, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI) in Frankfurt/Main.

Gotthard Graß, 48, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt/Main.

Dr. Ralph Wiechers, 46, ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.

Ausfuhren als Schlüsselfaktor des Erfolgs

Die deutsche Automobilindustrie wird deshalb auch 2006 vom Export leben. Nach drei Höchstmarken hintereinander ist nicht unbedingt ein neuer Rekord zu erwarten. Offen ist auch, ob die Wechselkurse endlich eine gewisse Entlastung bringen. Das gilt natürlich vor allem für den amerikanischen Markt mit seinen erheblichen strukturellen Verwerfungen. Viele Indikatoren sprechen dafür, dass sich der Markt auch in Amerika zu drehen scheint, dass die „Cars" gegenüber den „light trucks" weiter zulegen und der Faktor Kraftstoffverbrauch immer wichtiger wird. Hiervon können die Deutschen nur profitieren.

Für Westeuropa erwarten wir eine stabile Entwicklung auf Vorjahresniveau. Für ein Wiederanziehen des Pkw-Marktes in 2006 fehlen die notwendigen Wachstumsimpulse. In Großbritannien rechnen wir mit einem weiter rückläufigen Markt. In Frankreich, Spanien oder Italien ist allenfalls Stagnation angesagt. In den neuen EU-Ländern ist nach einer zweijährigen Schwächephase wieder mit einem Anziehen des Neuwagengeschäfts zu rechnen. Osteuropa insgesamt wird zu den Wachstumsregionen gehören, Russland bleibt stabil auf Wachstumskurs, die Türkei erholt sich. In Asien hat vor allem China für Überraschung gesorgt. Dieser Markt ist 2005 mit einem kräftigen Wachstum schneller als erwartet aus seinem Tief herausgekommen. Der VDA rechnet auch im Jahr 2006 mit zweistelligen Wachstumsraten. Der Marktanteil der Deutschen, der in den vergangenen zwölf Monaten rückläufig war, hat sich gefangen und zieht in jüngster Zeit wieder leicht an. Mit neuen Produkten und mit neuen Strategien sollte sich die Lage wieder verbessern.

Schließlich rechnen wir auch im Nutzfahrzeuggeschäft 2006 mit einem Exportgeschehen auf hohen Touren. Dazu wird vor allem auch die unverändert hohe Nachfrage aus den Ölförderländern beitragen. Die Chancen für einen Export in der Nähe des laufenden Jahres stehen gut.

Einflussfaktoren der künftigen Entwicklung

Egal in welchem Markt – die Stärke der Deutschen bleibt das Premiumsegment: Drei Viertel der weltweit neu zugelassenen Premiummodelle der oberen Mittelklasse tragen ein deutsches Markenzeichen. Der mit ihnen erwirtschaftete Ausfuhrwert hat sich in zehn Jahren nahezu verdreifacht und trägt 60% des Pkw-Ausfuhrwerts. Deutschland wäre heute ohne den Erfolg im Premiummarkt nicht „Exportweltmeister". Und während die Pkw-Produktion des Volumensegments von 1994 bis 2004 konstant blieb, stieg das Produktionsvolumen im Premiumbereich um 72%, der Anteil von Premiumprodukten an der Pkw-Inlandsproduktion erhöhte sich damit von 37 auf 50%. 230 000 Arbeitnehmer sind unmittelbar mit der Produktion von Premium-Pkw beschäftigt. Das sind 22% mehr als noch vor zehn Jahren.

Wichtigster Baustein hierfür ist und bleibt die Technologie, sei es zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs, der Emissionen, vor allem CO_2, sei es für die Steigerung von Sicherheit oder Komfort. Mit rund 15,7 Mrd. Euro an FuE-Aufwendungen ist die Automobilindustrie unverändert der mit Abstand wichtigste Träger industrieller Forschung und Entwicklung. Jeder neunte Beschäftigte arbeitet in diesem Bereich.

Für die langfristige Sicherung unseres Erfolgs ist aber auch der Standortwettbewerb, ist die Kostenfrage entscheidend: In Osteuropa sind in den letzten Jahren für 1,2 Mio. Pkw neue Kapazitäten vorwiegend asiatischer Wettbewerber im preissensiblen Segment entstanden. Mit der Produktivität von Investitionen „auf der grünen Wiese", mit einer 40-Stunden-Woche oder länger, mit großer Flexibilität und niedrigen Lohn- und Lohnnebenkosten treten diese Wettbewerber gegen etablierte Fabriken mit ihren Steinkühler-Pausen und hohen Schichtzuschlägen in Deutschland an. Und es darf nicht übersehen werden, dass schon heute von den in Deutschland zugelassenen Pkw nur 50% auch hier produziert werden. 30% der Zulassungen entfallen auf Importmarken. Aber auch jedes fünfte Neufahrzeug, das eine deutsche Marke trägt, wird bereits im Ausland produziert. Hinzu kommt, dass 40% der Wertschöpfung unseres Exports aus importierten Zulieferungen besteht. Die Verlagerung ins Ausland ist aber nicht Ziel, sondern oftmals unausweichliche Folge.

Einen ganz entscheidenden Beitrag zur Standortsicherung erwarten wir daher von den Tarifpartnern gleich zu Jahresbeginn: Vertretbare Löhne und gleichzeitig eine mutige Fortsetzung der Flexibilisierung, wie sie im Pforzheimer Abschluss wenigstens ansatzweise zu finden sind. Die Tarifpolitik muss sich ganz in den Dienst der Standortsicherung stellen. Für die Menschen sind sichere Arbeitsplätze derzeit wichtiger als Lohnzuwächse, die die Wettbewerbsfähigkeit und Jobs gefährden.

Michael Knipper

Die Erwartungen der Bauwirtschaft für das kommende Jahr

Die deutsche Bauwirtschaft kann 2006 wieder etwas optimistischer in die Zukunft blicken. Alle Zahlen sprechen dafür, dass eine realistische Chance besteht, den seit 1995 anhaltenden negativen Umsatztrend im Bauhauptgewerbe zu brechen. Darauf deutet sowohl die Entwicklung des Auftragseingangs als auch der Baugenehmigungen hin. Während der Auftragseingang von Januar bis April 2005 noch nominal um 11% zurückging, legte er von Mai bis September 2005 um nominal 3,2% zu. Auch die Genehmigungszahlen im Hochbau stabilisierten sich zuletzt.

Der Prozess der konjunkturellen Stabilisierung ist allerdings regional und in den einzelnen Bausparten unterschiedlich weit fortgeschritten:

- Im Wirtschaftsbau legte der Auftragseingang des Bauhauptgewerbes von Mai bis September um nahezu 8% zu. Kumuliert für die ersten drei Quartale ergibt sich damit eine Stagnation. Der Wirtschaftsbau profitiert dabei sowohl von der stabilen Nachfrage im Tiefbau als auch von einem deutlichen Genehmigungsplus bei Handels- und Lagergebäuden, der bedeutendsten Gebäudekategorie im Wirtschaftshochbau. Hier macht sich bemerkbar, dass Deutschland in Europa mittlerweile zum Logistikstandort Nummer 1 geworden ist.

- Im Öffentlichen Bau stieg der Auftragseingang seit dem Frühsommer um 4%, wobei der kumulierte Jahreswert aufgrund des schlechten 1. Quartals noch bei - 2% liegt. Es gibt positive Signale, dass die Gemeinden 2006 zumindest einen Teil der steigenden Gewerbesteuereinnahmen für zusätzliche Investitionen nutzen. Zudem gehen immer mehr Kommunen neue Wege und realisieren wichtige Bauvorhaben, wie z.B. Schulen und andere öffentliche Verwaltungseinrichtungen im Rahmen von Public Private Partnership-Modellen. Zur Zeit befinden sich PPP-Hochbauprojekte im Volumen von über 6 Mrd. Euro in der Planungsphase, mit weiter steigender Tendenz. Auch die Ankündigung, die Investitionen des Bundes in die Verkehrsinfrastruktur um etwa eine Milliarde Euro pro Jahr aufzustocken, gibt Anlass zu Optimismus. All das spricht dafür, dass der Umsatz des Bauhauptgewerbes im Öffentlichen Bau im Jahr 2006 leicht zulegen könnte.

- Von diesen Erholungstendenzen konnte der Wohnungsbau bisher allerdings nicht profitieren; mit - 8% für den aktuellen Rand bzw. - 9% Auftragrückgang für die ersten drei Quartale sind die Werte unverändert schwach. Der Wohnungsbau leidet nach wie vor unter den Vorzieheffekten auf Grund der Diskussionen über die Abschaffung Eigenheimzulage in den vergangenen Jahren, die erst in 2006 langsam auslaufen werden. Ob es zum Jahresende 2005 nochmals eine „Jahresendrallye“ mit dem nun wohl unwiderruflichen Abbaubeschluss der neuen Bundesregierung gegeben hat, lässt sich zur Zeit seriös nicht berechnen. Auch wenn es absehbare Stabilisierungstendenzen im Geschosswohnungsbau gibt, so werden insgesamt die Umsätze im Wohnungsbau 2006 nochmals zurückgehen.

Regional betrachtet macht insbesondere die Entwicklung in Ostdeutschland Sorge, wo auch im laufenden Jahr mit weiteren Auftrags- und Umsatzeinbußen zu rechnen ist. Angesichts dieser Ausgangslage bleibt zu hoffen, dass die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zügig umgesetzt werden. Besonderes Augenmerk werden wir darauf legen, dass der Bundeshaushalt 2006 zügig verabschiedet wird. Nur so lassen sich die angekündigten Wachstums- und Beschäftigungsimpulse auch erreichen. Eine Verabschiedung des Bundeshaushalts 2006 erst im Juli 2006 wäre dagegen ein fatales Signal. Ein erheblicher Mittelverfall zum Jahresende und eine weitere Verunsicherung wären geradezu vorprogrammiert.

Positive Signale überwiegen

Werden die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen aber zügig umgesetzt, überwiegen für die Bauwirtschaft die positiven Signale.

- In der neuen Legislaturperiode sollen die Investitionen in die Bundesverkehrswege um insgesamt 4,3 Mrd. Euro – also um mehr als 1 Mrd. Euro pro Jahr – erhöht werden. Damit könnten zumindest die Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans erfüllt werden.

- Gleichzeitig will die Bundesregierung mehr privates Kapital für den Verkehrswegebau mobilisieren. Die Umstellung der Fernstraßenfinanzierung von der Haushalts- zur Nutzerfinanzierung bleibt auf der politischen Tagesordnung. Der programmatische Satz im Entwurf der Koalitionsvereinbarung: „Eine Pkw-Maut lehnt die Koalition ab" ist in der Endfassung gestrichen worden. Damit sind zumindest weitere F-Modelle gesichert.

- Die guten Erfahrungen mit dem Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz in den neuen Bundesländern sollen für ganz Deutschland nutzbar gemacht werden. Mit einem Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz will die Bundesregierung die Voraussetzungen für eine bundesweit einheitliche Straffung, Vereinfachung und Verkürzung der Planungsprozesse schaffen.

- In einem zweiten Gesetz zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für öffentlich-private Partnerschaften sollen Hemmnisse für deren Realisierung abgebaut werden. Das Zuwendungsrecht, das Investmentrecht aber auch das Steuerrecht sollen noch einmal auf PPP-Stolpersteine durchgesehen werden. Unternehmen des Mittelstandes sollen mehr als bisher von ÖPP profitieren. Auch damit wird einer ausdrücklichen Forderung des Hauptverbandes entsprochen.

- Das deutsche Erbschaftsteuergesetz soll auf das englische Modell umgestellt werden. In einer mittelständisch geprägten Branche wie der Bauwirtschaft werden gerade mittelständische Unternehmen davon profitieren, wenn die Erbschaftsteuerschuld nach 10jähriger Fortführung des Unternehmens bis auf Null reduziert werden kann.

- Doch es gibt auch Kritik. Die notwendigen Reformen im Gesundheitswesen, bei der Pflege und im Steuerrecht sind vertagt. Leider werden auch erst 2007 die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5% gesenkt, wozu ein Teil der Mehrwertsteuererhöhung genutzt werden soll.

Insgesamt überwiegen aber die positiven Signale und wir sollten dies auch nicht zerreden. Die erkennbaren Stabilisierungstendenzen im Bauhauptgewerbe müssen jetzt durch eine gute gesamtwirtschaftliche Entwicklung verstärkt werden. Mit steigendem Wirtschaftswachstum, das auch auf die Inlandsnachfrage durchschlägt, werden die Voraussetzungen für eine Aufhellung der Stimmung bei den potentiellen Investoren besser und können so die baukonjunkturelle Entwicklung stärken.

Zumindest unter den Baufirmen hat sich die Stimmung in jüngster Zeit schon deutlich verbessert. Bei der Einschätzung sowohl der aktuellen Geschäftslage als auch der Erwartungen an die zukünftige Entwicklung durch die Baufirmen lieferten sowohl die Umfrage des ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung als auch die des Deutschen Industrie- und Handelskammertages die besten Werte seit fünf Jahren.

Öffentlicher Bau: Wachstum 2006?

Nach wie vor sind die Städte und Gemeinden für die Bauwirtschaft der bedeutendste öffentliche Auftraggeber. 2004 entfielen auf sie 60% der öffentlichen Bauausgaben; 21% auf den Bund und 19% auf die Bundesländer. Eine Stabilisierung oder gar ein „turnaround" der öffentlichen Investitionen ist daher ohne die Gemeinden nicht möglich.

Schon in den Jahren 2004 und 2005 haben diese durch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage (die an Bund und Länder abgeführt wird) sowie durch die im Zuge der verbesserten Unternehmensgewinne stark steigenden Gewerbesteuereinnahmen eine deutliche Verbesserung ihrer Haushaltslage erfahren. Die aktuelle Steuerschätzung sagt auch für das Jahr 2006 noch einmal um 1,5 Mrd. Euro höhere kommunale Einnahmen aus der Gewerbesteuer voraus. Bei gesamten öffentlichen Bauinvestitionen von 25 Mrd. Euro würde nur ein Drittel dieser Summe, umgesetzt in Bauaktivitäten, schon einen baukonjunkturellen Impuls in der Größenordnung von 2% mit sich bringen.

Positiv stimmt auch die Zusage der neuen Bundesregierung, die Investitionen in die Bundesverkehrswege in den nächsten vier Jahren um etwa 1 Mrd. Euro pro Jahr aufzustocken. Selbst wenn diese Summe durch den neuen Finanzminister Steinbrück im Prozess der Haushaltsaufstellung noch revidiert würde, bedeutet dies – vor allem die im Verkehrswegebau tätigen Unternehmen – immer noch einen deutlichen Nachfrageschub. Zudem würden durch die angekündigte Aufstockung zumindest die Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans erfüllt, die jährlichen Investitionen des Bundes in die Fernstraßen, die Schienenwege und die Wasserstraßen von 9,9 Mrd. Euro vorsehen.

Weiteres Wachstum ist auch bei Baumaßnahmen im Rahmen

öffentlich-privater Partnerschaften – hier vor allem im Hochbau – zu erwarten. In den letzten beiden Jahren wurden bereits Verträge mit einem Investitionsvolumen von 500 Mio. Euro unterzeichnet. 100 weitere Projekte mit einem geschätzten Investitionsvolumen von fast 6 Mrd. Euro befinden sich derzeit in Vorbereitung. Wichtig ist vor allem, dass 2006 auch mit den ersten Vergaben von PPP-Projekten im Bundesfernstraßenbau zu rechnen ist.

Wirtschaftsbau mit Stabilisierungstendenzen

Parallel zur – im Jahresverlauf – positiven Entwicklung im Auftragseingang lagen auch die Baugenehmigungen für private Bauherren im Nichtwohnungsbau in den ersten drei Quartalen nur noch um 1% unter dem Vorjahresniveau. Positiv ist vor allem die Entwicklung im mittlerweile bedeutendsten Wirtschaftsbausegment, den Handels- und Lagergebäuden. Diese Kategorie, die auch 2004 schon als einzige keinen Genehmigungsrückgang zu verzeichnen hatte, verbuchte in den ersten drei Quartalen 2005 ein Plus von 7,5%. Die Entwicklung Deutschlands zur „Logistikdrehscheibe“ in Europa schlägt sich in dieser positiven Tendenz eindeutig nieder.

Nach den deutlichen Rückgängen in den Vorjahren deutet sich auch bei den Fabrik- und Werkstattgebäude eine Stabilisierung an; von Januar bis September lagen die Genehmigungen nur noch um 2% unter dem Vorjahresniveau. Das Genehmigungsvolumen von nur noch 58% des Wertes von 2001 zeigt allerdings auch, dass bei wieder anspringender Konjunktur zumindest im Teilbereich der Wirtschaft Kapazitätsengpässe entstehen können, die dann auch Erweiterungsinvestitionen notwendig machen.

Noch nicht beendet ist dagegen die Anpassungsphase bei den Bürogebäuden. Die bis 2002 erstellten Überkapazitäten drücken weiterhin auf die Mietpreise und die Investitionsbereitschaft. Wir erwarten, dass 2005 der Höhepunkt bei den Leerstandsraten überwunden ist; 2006 könnte sich der Markt allmählich stabilisieren.

Problematisch ist allerdings, dass die positiven Tendenzen nur für das frühere Bundesgebiet gelten. In den neuen Bundesländern sind sowohl Auftragseingang als auch Baugenehmigungen im Wirtschaftsbau im Trend weiterhin negativ. Dies ist vorrangig auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen wurden im Zuge des Wiedervereinigungs-Baubooms in nahezu allen Gebäudekategorien Überkapazitäten „am Markt vorbei“ erstellt, die – in Form hoher Leerstände – immer noch die Neubautätigkeit belasten. Zum zweiten scheint Ostdeutschland nach dem Auslaufen der meisten Investitionszulagen bzw. Steuervergünstigungen als Investitionsstandort an Attraktivität verloren zu haben.

Hoffnungszeichen gibt es im Bereich der Schienenwegeinvestitionen. Dies ist besonders bedeutsam, weil die Deutsche Bahn AG der größte private Bau-Investor in Deutschland ist. Nachdem die Investitionszuschüsse des Bundes an die DB AG 2004 gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen sind und im laufenden Jahr auf diesem Niveau von rund 3,5 Mrd. Euro stagnieren, bestehen für 2006 gute Aussichten auf eine steigende Investitionstätigkeit. Von der im Koalitionsvertrag angekündigten Aufstockung der Investitionen des Bundes in die Verkehrswege dürfte auch die DB AG profitieren.

Wohnungsbau: Schlusslicht der baukonjunkturellen Entwicklung

Am Wohnungsbau sind die Stabilisierungstendenzen bislang allerdings vorbeigegangen. Die Vorzieheffekte durch den kurzen Eigenheimboom machen sich nun negativ bemerkbar.

- Im ersten Halbjahr 2005 lagen die Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser um 25 % unter dem Vorjahresniveau. Nachdem sich im Vorfeld der Bundestagswahl herauskristallisiert hatte, dass die Eigenheimzulage zum Ende des Jahres fallen wird, legten die Genehmigungen im dritten Quartal um 10% zu. Für das Gesamtjahr dürfte dennoch unter dem Strich ein Rückgang von rund 10% zu verzeichnen sein, eine Wiederholung der beiden „Genehmigungsblasen“ zu den Jahreswechseln 2002/2003 und 2003/2004 ist nicht zu erwarten.

- Bei den Wohnungen in Zweifamilienhäusern hat sich 2005 die Talfahrt gegenüber den Vorjahren noch beschleunigt; in den ersten drei Quartalen gingen die Genehmigungszahlen um ein Drittel zurück.

- Der Geschosswohnungsbau leidet ebenfalls – wenn auch schwächer – unter der Diskussion über die Eigenheimzulage. 2004 waren knapp 60% der genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern Eigentumswohnungen, von denen wiederum ein erheblicher Teil zur Eigennutzung bestimmt war. Auch in dieser Kategorie gab es Vorzieheffekte, die sich nun negativ bemerkbar machen. Allerdings war der Genehmigungsrückgang für neue Wohnungen in den ersten drei Quartalen mit 5% nicht besonders ausgeprägt.

Angesichts eines historisch niedrigen Hypothekenzinsniveaus, in vielen Regionen Deutschlands ausgeglichener Wohnungsmärkte und dem allgemein akzeptierten politischen Bestreben zum Subventionsabbau und zur Haushaltskonsolidierung mag es aus politischer Sicht verständlich sein, den Rotstift vor allem bei den staatlichen Zuwendungen für den Wohnungsbau anzusetzen. Im Mietwohnungsbau stellt sich allerdings die Frage, ob die Kombination aus Abschaffung der degressiven Abschreibung sowie geplanter Versteuerung aller Wertzuwächse (bei Fortfall der Spekulationsfrist) nicht geeignet ist, Investoren dauerhaft abzuschrecken. Anstelle des geplanten Übergangs zu einer linearen AfA von 2% für einen Zeitraum von 50 Jahren schlägt die Bauwirtschaft daher einen Satz von 3% für 33 Jahre vor, der sich auch eher an den Realitäten der wirtschaftlichen Nutzungsdauer orientiert.

Wenn der konjunkturelle Rückenwind aus der deutschen Wirtschaft anhält, die neue Bundesregierung die notwendige Stärkung des Investitionsstandortes Deutschland zügig in Angriff nimmt und die Bauunternehmer die sich bietenden Möglichkeiten beherzt nutzen, bestehen gute Chancen, dass die deutsche Bauwirtschaft die undankbare Rolle der konjunkturellen Wachstumsbremse endlich ablegen kann.

Wilfried Sahm

Deutsche Chemieindustrie setzt Erfolgskurs fort

Nach mehreren mageren Jahren ist Deutschlands Chemieindustrie in die Erfolgsspur zurückgekehrt. Die Branche blickt auf ein insgesamt erfreuliches Chemiejahr 2005 zurück. Produktion, Umsatz und Erzeugerpreise legten im Vorjahresvergleich deutlich zu. Treibende Kraft blieb die Auslandsnachfrage. Aber auch der inländische Absatz nahm spürbar Fahrt auf.

Folgerichtig ist die Stimmung der Branche derzeit gut. Die aktuelle Geschäftslage wird positiv beurteilt. Darüber hinaus rechnen die Unternehmen in den kommenden Monaten überwiegend mit einer weiteren Verbesserung des Chemiegeschäfts. Die Hoffnungen stützen sich auf eine weiterhin robuste Weltkonjunktur, eine stabile europäische Industrieproduktion, eine erhöhte Investitionsneigung und nicht zuletzt auf ein Ende des Ölpreisauftriebs. Unter diesen Voraussetzungen könnte sich das Wachstum der deutschen Chemieproduktion im Jahresverlauf 2006 leicht beschleunigen.

Erfreuliche Jahresbilanz für die Chemieindustrie

Das Jahr 2005 verlief für die deutsche Chemieindustrie äußerst erfolgreich. Der im Vorjahr begonnene Aufschwung setzte sich fort. Die Produktion konnte das Vorjahresniveau um rund 6% übertreffen. Nach einem moderaten Start in das Jahr 2005 und einem schwachen zweiten Quartal setzten sich die Auftriebskräfte in der zweiten Jahreshälfte endgültig durch und führten zu dem guten Gesamtergebnis.

Die Restrukturierungsmaßnahmen der letzten Jahre zeigten Erfolg. Die deutsche Chemie ist in Europa derzeit gut aufgestellt. Die deutsche Chemieindustrie wuchs im Jahr 2005 deutlich schneller als ihre europäischen Nachbarn. Von den großen europäischen Chemienationen konnte nur Frankreich einen vergleichbaren Zuwachs verzeichnen. In Großbritannien und Italien hingegen stagnierte die Chemieproduktion. In Belgien und den Niederlanden wurde das Vorjahresniveau sogar deutlich verfehlt.

Das wichtigste Standbein für die deutsche Chemie ist und bleibt das Geschäft mit ausländischen Abnehmern. Als stark international ausgerichtete Branche profitiert die Chemie vom dynamischen Wachstum in anderen Regionen. Insgesamt wuchs der Branchenumsatz mit Kunden aus dem Ausland im Jahr 2005 um rund 8%. Besonders die Nachfrage aus Mittel- und Osteuropa stieg noch einmal deutlich. Insgesamt gehen inzwischen schon rund 10% der deutschen Chemieexporte in diese Region. Auch die Exporte nach Asien – und hier besonders nach China – wuchsen kräftig. Allerdings ist der Anteil Chinas an den Gesamtexporten noch gering.

Im Gegensatz zum Vorjahr wurde in diesem Jahr auch der

Inlandsabsatz wieder zur Stütze des deutschen Chemiegeschäftes. Mit einem Plus von 6% trug der Inlandsumsatz zum guten Gesamtergebnis bei. Dabei war auch der Zuwachs im Inland, zumindest indirekt, dem Geschäft mit Kunden aus dem Ausland zu verdanken. Die gesamte deutsche Industrie profitierte vom dynamischen Wachstum der Weltwirtschaft. Industrielle Waren aus Deutschland waren weltweit gefragt wie nie zuvor. Daher stieg auch bei unseren inländischen Kunden die Nachfrage nach Chemikalien kräftig.

Dagegen konnten nicht alle Chemiesparten gleichermaßen von der Entwicklung profitieren: Während die Basischemie deutlich zulegte, stagnierte die Spezialitätenchemie. Hier bereiteten die hohen Rohstoffkosten, der starke Euro und nicht zuletzt die zunehmende Konkurrenz aus Übersee den Herstellern Probleme. Die Pharmaproduktion kehrte nach der Stagnation des Vorjahres in die Erfolgsspur zurück – vor allem beflügelt durch die starke Nachfrage nach Grippeschutzmitteln. Die Hersteller von Wasch- und Körperpflegemitteln kämpfen immer noch mit dem schwachen privaten Konsum in Deutschland. Allerdings konnten sie aufgrund einer stabilen Auslandsnachfrage ihre Produktion ausweiten.

Aufwärtstrend setzt sich im Jahr 2006 fort

Derzeit sind die Voraussetzungen günstig, dass sich der Aufwärtstrend der deutschen Chemiekonjunktur auch im kommenden Jahr fortsetzen wird. Entsprechend optimistisch sind die Unternehmen der Branche. Sollten die Investitionen wie erwartet weiter steigen und die Konsumenten wieder mehr Zutrauen schöpfen, könnte sich bei leicht sinkenden Ölpreisen die Chemiekonjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2006 sogar noch beschleunigen. Unter diesen Voraussetzungen könnte die deutsche Chemieproduktion im Jahresdurchschnitt um 2 bis 3% wachsen.

Die Erzeugerpreise für Chemikalien werden aufgrund des nachlassenden Kostendrucks bei den Rohstoffen nur noch um rund 1% zulegen. Der Branchenumsatz dürfte im Jahr 2006 um 3 bis 4% steigen. Die Impulse aus dem In- und Ausland dürften gleichermaßen zum Wachstum beitragen.

Chancen und Risiken für 2006 halten sich etwa die Waage. Die Weltwirtschaft – insbesondere die Schwellenländer – werden weiter wachsen. Der zuletzt wieder fallende Euro verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Chemieproduzenten. In Deutschland und Europa werden die Investitionen anziehen. Allerdings sind in Deutschland angesichts der desolaten Haushaltslage keine fiskalpolitischen Konjunkturimpulse zu erwarten. Der inländische Konsum dürfte schwach bleiben. Zudem wird die europäische Geldpolitik wieder restriktiver. Ein erneutes, kräftiges Ansteigen der Rohölpreise könnte die Wachstumsperspektiven deutlich eintrüben.

Chemie – Schlüsselindustrie der deutschen Wirtschaft

Die chemische Industrie gilt als eine der bedeutendsten Branchen der deutschen Wirtschaft und als Wachstumsmotor für Innovationen und technischen Fortschritt. Rund 10% der gesamten Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes werden in der chemischen Industrie erwirtschaftet. Damit ist sie die viertgrößte Branche. Nur die Automobilindustrie, die Elektroindustrie und der Maschinenbau weisen höhere Umsätze auf. Die Branche ist mit rund einer halben Million Beschäftigten einer der größten industriellen Arbeitgeber. Sie trägt mit einem Außenhandelssaldo von knapp 30 Mrd. Euro entscheidend zum Überschuss in der Handelsbilanz bei.

Unter den weltweit zehn größten Chemie-Unternehmen finden sich mit BASF, Bayer und Degussa gleich drei deutsche Konzerne. Die deutsche chemische Industrie besteht aber nicht nur aus der namhaften Großindustrie. Insgesamt gibt es in Deutschland ca. 1900 Chemieunternehmen. Rund 90% hiervon sind kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit weniger als 500 Beschäftigten. Anders als in anderen Branchen ist der Mittelstand in der chemischen Industrie meist nicht Zulieferer, sondern Kunde der Großunternehmen.

Die deutsche Chemieindustrie produziert rund 30 000 Stoffe und über eine Million Zubereitungen. Die Angebotspalette der Branche für ihre industriellen Kunden reicht von chemischen Grundstoffen über hochwertige Kunststoffe bis hin zu Spezialchemikalien wie z.B. Farben, Lacken oder Flüssigkristallen. Ob kratzfeste Lacke, elektrisch leitende Kunststoffe, reinstes Silizium oder hochwirksame Arzneimittel – Chemieprodukte „made in Germany“ stehen für Qualität. Hauptabnehmer für Chemieerzeugnisse sind Kunden aus der Industrie: Zu den wichtigsten Abnehmern zählen die Automobil-, die Verpackungs- und die Bauindustrie. Mit ihren Produkten verbessert die chemische Industrie die Lebensqualität aber auch unmittelbar: Medikamente erhalten die Gesundheit, Parfums und Kosmetika bereichern den Alltag.

Ein wichtiges Erfolgsrezept der Branche ist ihre konsequente Ausrichtung auf die Weltmärkte. Die

Nachfrage nach Chemieprodukten wächst im Ausland seit Jahren deutlich stärker als im Inland. Die Folge: Die deutsche Chemieindustrie exportiert mit Produkten im Wert von knapp 100 Mrd. Euro mittlerweile über 60% ihrer Produktion. Im Jahr 1980 lag der Anteil noch bei 38%, 1950 sogar nur bei 12%. Diese Zahlen zeigen, dass die Chemie eine beispiellose Exportoffensive hinter sich hat. Heute zählt die deutsche chemische Industrie zu den am stärksten international ausgerichteten Branchen. Seit zwei Jahren exportiert sie mehr Chemiewaren als jedes andere Land und trägt damit zu Recht den Titel Exportweltmeister.

Die Export-Zahlen geben nur einen Teil der internationalen Aktivitäten der deutschen Chemie-Unternehmen wieder. Die Unternehmen haben früh festgestellt, dass sich die ausländischen Märkte nicht allein durch Exporte bedienen lassen, sondern dass sie dort sein müssen, wo auch ihre Kunden sind. Sie haben deshalb auf die geographische Verschiebung der Wachstumszentren reagiert und im Ausland Vertriebs- und Produktionsstätten aufgebaut.

Inzwischen ist die deutsche chemische Industrie weltweit mit Produktionsstandorten vertreten. Nach dem Fahrzeugbau ist sie der zweitgrößte deutsche industrielle Investor im Ausland. Deutsche Chemiekonzerne investieren im Ausland fast genauso viel wie in Deutschland. Nordamerika und Asien sind dabei die Investitionsschwerpunkte außerhalb Europas.

Auf der anderen Seite ist Deutschland aber auch Ziel von Direktinvestitionen aus dem Ausland. Ausländische Investoren nutzen zunehmend den traditionsreichen Chemiestandort Deutschland mit seinen spezifischen Stärken. Deutschland bietet mit seinen Chemieparks maßgeschneiderte Produktionsgrundstücke inklusive chemietypischer Dienstleistungen. Qualifiziertes Fachpersonal, hohe Forschungs- und Entwicklungskapazitäten und ein enger Produktionsverbund ermöglichen es den Chemie-Unternehmen, sich auf ihre Kernkompetenzen zu konzentrieren. Die geographische Lage Deutschlands eröffnet zudem den Zugang zu den wichtigsten europäischen Absatzmärkten. Demzufolge hat sich der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen in der Chemie in den letzen zehn Jahren mehr als verdoppelt und betrug 2003 über 23 Mrd. Euro. 357 Betriebe in ausländischem Besitz erzielten mit 134 000 Beschäftigten einen Umsatz von fast 50 Mrd. Euro.

Die chemische Industrie ist eine starke und stabile Säule unserer Volkswirtschaft. Diese Säule muss zum Wohle der gesamten Volkswirtschaft gestärkt werden. Voraussetzung hierfür ist die Erhaltung bzw. Schaffung günstiger Rahmenbedingungen. Dazu zählen eine Energiepolitik, die zu wettbewerbsfähigen Energiekosten führt, ein offener und fairer Handel, der Abbau vorhandener und der Verzicht auf neue regulatorische Hemmnisse sowie eine moderne Innovations- und Bildungspolitik.

Gotthard Graß

Elektrotechnik- und Elektronikindustrie: Neue Leitmärkte entwickeln

2005 hat nicht den erhofften Wachstumsschub für die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie gebracht. Zwar blieb sie in der Wachstumsspur, doch büßte sie erheblich an Dynamik gegenüber dem vorausgegangenen Jahr ein. Wurde 2004 noch ein Umsatzanstieg von 5,5% verzeichnet, so flachte dieser 2005 auf nur noch gut ein Prozent ab.

Nach wie vor ist die Entwicklung der zweitgrößten Industriebranche in Deutschland geprägt von einem schwachen Inlandsgeschäft und einem anhaltend intensiven Wettbewerb, der dazu führt, dass steigenden Kosten weiterhin auf breiter Front rückläufige Erlöse gegenüberstehen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres nahm der Umsatz mit Inlandskunden um 0,5% ab, während mit Auslandskunden 2,5% mehr abgerechnet werden konnte. Der Erzeugerpreisindex ging nach Angaben der Amtlichen Statistik im Branchendurchschnitt um 3% zurück. Besonders kräftig fiel der Druck auf die Preise in Anwendungsfeldern der Elektronik wie der Informationstechnik und der Kommunikationstechnik, aber auch bei elektronischen Bauelementen mit teilweise zweistelligen Preis-

rückgängen aus. Ausgelöst wurde diese Entwicklung nicht zuletzt von rückläufigen Importpreisen und der Abwertung des Dollars, an dem sich die Marktpreise im internationalen Wettbewerb orientieren. Gerade in den elektroniknahen Sektoren spielen allerdings auch die technologisch bedingten Leistungs- und Produktivitätssprünge eine zentrale Rolle

Die in die kommenden Monate weisenden Indikatoren lassen auf eine leichte Besserung hoffen. Zwischen Januar und September 2005 lagen die Auftragseingänge um 2,9% über Vorjahresniveau. Im dritten Quartal nahmen sie sogar um fast 7% zu. Erneut stieg die Nachfrage inländischer Kunden in den ersten neun Monaten nur um 0,2%. Auch die gute Exportnachfrage bei wichtigen Abnehmerbranchen (Fahrzeugbau, Maschinenbau, Chemie) brachte hier noch keine stabilen Impulse. Im dritten Quartal war ein leichter Anstieg um 2,6% festzustellen. Die Nachfrage von Auslandskunden lag dagegen für den Zeitraum Januar bis September 2005 um 6% – insbesondere durch Großaufträge im Juni und August beeinflusst – über dem Niveau des Vorjahres. Besonders deutlich wird dies auch an den im 3. Quartal um 11,6% gestiegenen Auftragseingängen aus dem Ausland.

Schon der Blick auf den Außenhandel macht deutlich, dass internationale Wertschöpfungsnetzwerke und Handelsverflechtungen in unserer Branche eine zentrale Rolle spielen. Anders ist es nicht zu erklären, dass Deutschland mittlerweile rein statistisch mehr elektrotechnische Erzeugnisse exportiert als es produziert. Komplexe Lieferverflechtungen, aber auch eine ausgeprägte Exportabhängigkeit sind der Hintergrund. Exporten von etwa 140 Mrd. Euro stehen Importe von 120 Mrd. Euro und ein inländischer Produktionswert von 130 Mrd. Euro gegenüber. Zu den rund 800 000 im Inland Beschäftigten kommen mittlerweile mehr als 430 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutscher Elektrounternehmen rund um den Erdball.

Weltmarkt wächst kontinuierlich

Der Weltmarkt für Elektrotechnik und Elektronik hat sich im Jahr 2005 trotz steigender Rohstoff- und Materialkosten sowie in vielen Bereichen rückläufiger Erlöse sehr positiv entwickelt. Einschließlich der erforderlichen Software und Services wird er gegenüber dem Vorjahr um 5 bis 6% auf einen Wert von rund 2600 Mrd. Euro zulegen. 2004 lag der Zuwachs sogar mit fast 7% noch etwas höher.

Wachstumstreiber sind neben der Informations- und Kommunikationstechnik und den Innovationen der Consumer Electronics insbesondere die Infrastrukturmärkte, zum Beispiel in der Energiewirtschaft, der Medizin oder im Verkehrsbereich. In der Automation sorgen der Aufbau leistungsfähiger Industrien in verschiedenen Schwellenländern sowie hohe Investitionen in die Rohstoffgewinnung, die Rohstoffveredelung und den Transport für ein lebhaftes Geschäft. Positiv wirkt zudem das wachsende internationale Umweltbewusstsein. Hohe Investitionen werden zum Beispiel in Mess- und Analysegeräte, aber auch in effizientere Produktions- und Stromerzeugungstechnologien getätigt.

Regional hohe Zuwachsraten werden derzeit insbesondere in rohstoffreichen Staaten und Regionen wie den arabischen Staaten, dem Iran oder Russland verzeichnet. Der ZVEI trägt dieser Entwicklung mit einer Russland-Initiative Rechnung. Dabei geht es um die aktive Förderung der Zusammenarbeit zwischen russischen und deutschen Unternehmen. Wachstumsstark ist auch Indien, wo die Elektroimporte 2004 um 10% zulegten. Für 2005 wird dort ein ähnlich hohes Wachstum erwartet. Deutschlands Marktanteil liegt hier trotz hoher Zuwachsraten von ca. 30% erst bei 2,5%. In China, dem Wachstumsmarkt par Excellence der vergangenen Jahre, zeigt die aktuelle abflachende Importentwicklung hingegen die wachsende Bedeutung der dort stattfindenden inländischen Wertschöpfung. Schon 2004 waren mehr als die Hälfte der chinesischen Elektroeinfuhren aus aller Welt im Wert von 163 Mrd. Euro elektronische Bauelemente. Diese wurden weiterverarbeitet und zum guten Teil anschließend wieder ausgeführt. China ist so innerhalb weniger Jahre in der Rangliste der wichtigsten Exporteure elektrotechnischer Erzeugnisse auf den ersten Platz vor den USA, Deutschland und Japan aufgestiegen. Auf breiter Front entwickeln sich so neue internationale Leitmärkte, aber auch neue leistungsstarke Wettbewerber, die oft auf der Basis wachstumsstarker Heimatmärkte auch international zunehmend erfolgreich operieren.

Mit hohen Investitionen in Ausrüstungen sowie in Forschung und Entwicklung, aber auch einer konsequenten Ausweitung ihrer internationalen Aktivitäten, insbesondere auf wachstumsstarken Märkten, leisten unsere Unternehmen ihren Beitrag zur Zukunftssicherung. So legten die Bruttoanlageinvestitionen der Branche in Deutschland nach dem jüngsten ifo-Investitionstest 2005 um fast 9% auf 6 Mrd. Euro zu. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung beziffert der Stifterverband für 2004 auf fast 11 Mrd. Euro. Hinzu kommen die Aufwendungen für Aus- und Weiterbildung. Das heißt: Insgesamt gibt unsere Industrie

pro Arbeitsplatz in Deutschland hierfür Jahr für Jahr über 20 000 Euro aus.

Zentraler Wachstums- und Werttreiber ist hierbei die Expansion in ausländische Wachstumsmärkte. Selbst mittelständische Unternehmer berichten, dass sie mittlerweile deutlich mehr als die Hälfte ihrer Umsätze im Ausland erzielen. Immer wieder wird dabei deutlich, dass die Wertschöpfung zunehmend dem Wachstum folgt. Schon die bereits erwähnten Indikatoren Beschäftigung, unternehmensbezogene Umsatzanteile, die von den verfügbaren Statistiken nur begrenzt erfasst werden, aber auch der hohe Bestand an Direktinvestitionen in Höhe von 26 Mrd. Euro sowie die wachsende Bedeutung von vor Ort erbrachten Leistungen vom Service über die Fertigung vor Ort bis hin zu Entwicklungsaufgaben unterstreichen die Tendenz.

Initiativen des ZVEI für mehr Wachstum und Beschäftigung

Entscheidend ist deshalb, dass in Deutschland wieder mehr Wachstum generiert wird. Wege zu mehr Wachstum in Deutschland, das Aufzeigen und die aktive Erschließung neuer Wachstumsmärkte und Wachstumschancen in Deutschland und Europa stehen deshalb auch im Mittelpunkt des ZVEI-Programms „Mut zum Wandel lohnt sich“. Der derzeit in der öffentlichen Diskussion vorherrschenden und zweifellos notwendigen Restrukturierungsagenda wird damit eine Wachstums- und Innovationsagenda zur Seite gestellt, die spezifische nicht nur spezifische Felder für ein marktgetriebenes Wachstum in Deutschland und Europa aufzeigt, sondern auch konkrete Maßnahmen und Empfehlungen vorlegt, wie in diesen Feldern Leitmärkte in Deutschland und Europa entwickeln werden können. So zeigen ZVEI-Erhebungen und Analysen, dass allein der Investitionsstau bei modernen Infrastrukturen im Energie-, Verkehrs- Gesundheits-, Kommunikations- und Sicherheitsbereich auf mehr als 60 Mrd. Euro gewachsen ist und kontinuierlich weiter wächst, Investitionsdefizite zum Beispiel im Bildungs- und Forschungsbereich sind hierbei noch nicht einmal berücksichtigt.

Gerade leistungsfähige Infrastrukturen sind aber wie die erfolgreiche Einführung des digitalen terrestrischen Fernsehens seit 2003 beispielhaft zeigt, Grundlage für steigende Effizienz, höhere Produktivität und innovative Anwendungen neuer Technologien und mehr Anschaffungsbereitschaft der Konsumenten. So wurden seit November 2002 allein in Deutschland über 3 Mio. so genannte Set-Top-Boxen für das digitale terrestrische Fernsehen verkauft. Durch den zunehmenden Wettbewerb zwischen Kabelfernsehen und digital-terrestrischer Verbreitung (mit bis zu 24 Fernsehprogrammen) wird indirekt zudem die Digitalisierung des Kabelfernsehens gefördert. Auf der anderen Seite setzt das 56% der 38 Mio. deutschen Fernsehhaushalte versorgende Breitbandkabel mit seinen neuen „Triple-Play-Angeboten“ (Fernsehen, Telefonie und Internet) auch das alte Telefonkabel unter Druck, das wiederum durch breitbandige DSL-Technik internetfähig wird. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, wie zukunftsorientierte Infrastrukturinvestitionen weit über den aktuell erkennbaren Investitionsbedarf hinaus gesamtwirtschaftliche Innovations- und Wachstumsimpulse setzen können.

Weitere vergleichbare Schwerpunkte in der Modernisierung der deutschen und europäischen Infrastrukturen sind bereits heute in der Schaffung leistungsfähiger Verkehrstelematiksysteme auf Straße und Schiene, der Modernisierung der Stromversorgung oder in der elektronischen Vernetzung des Gesundheitswesens zu erkennen. Projekte wie die Gesundheitskarte oder das europäische Satellitennavigationssystem Galileo, transeuropäische Schienenverkehrsnetze, die Modernisierung der Stromnetze mit Hilfe leistungsfähiger Informationsverarbeitungs- und Kommunikationssysteme, aber auch der Beseitigung absehbarer Netzengpässe, intelligentes Wohnen oder e-government sind hier wichtige Bausteine künftiger High-Tech-Infrastrukturen.

Die entsprechenden Technologien sind heute in weiten Bereichen bereits verfügbar, eine engere Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft könnte zudem die Leistungsfähigkeit des Innovationsstandortes Deutschland weiter steigern. Umso bedrückender ist die Tatsache, dass stagnierende Märkte, Überregulierung, starre Arbeitsmärkte, mangelndes Vertrauen in Unternehmertum und marktwirtschaftliche Lösungen gerade in diesen chancenreichen Wachstumsmärkten dazu geführt haben, dass die frühzeitige Anwendung neuer technischer Lösungen immer seltener in Deutschland erfolgt. Leitmärkte, mit denen der angebliche Exportweltmeister Deutschland seinen Kunden in aller Welt demonstriert, dass er diese Rolle auch künftig zu spielen beabsichtigt, haben mittlerweile Seltenheitswert.

Gemeinsam mit anderen Partnern müssen wir hier darauf hinwirken, dass hinter unvermeidbaren Veränderungen, wie sie zum Beispiel in der Agenda 2010 der Regierung Schröder zusammengefasst waren, die Chancen deutlicher werden, die sich gerade in diesen neuen Feldern abzeichnen.

Dadurch müssen nicht zuletzt die unvermeidbaren Veränderungen, zum Beispiel im Bereich der sozialen Sicherungssysteme oder des Arbeitsmarktes, bei der Vereinfachung gerade des Unternehmenssteuerrechts oder hin zu einem auf Eigenverantwortung und Wettbewerb setzenden Bildungs- und Forschungssystem erleichtert werden. Hier erweist sich aus meiner Sicht nicht zuletzt die Fragmentierung der gesellschaftspolitischen Diskussion, zum Beispiel zwischen Volkswirten und Ingenieuren, aber auch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als schwerwiegendes Hindernis. Sie führt dazu, dass die Chancen des Wandels nur unzureichend deutlich werden. Dabei ist kein Grund erkennbar, warum zum Beispiel die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie nicht wieder auch in Deutschland Anschluss an die weltweite Wachstumsdynamik finden sollte.

Ralph Wiechers

Maschinenbaukonjunktur: Drittes Wachstumsjahr in Sicht

Die mit Abflauen der Bestelltätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 2004 vielerorts aufkommenden Befürchtungen eines beginnenden Abschwunges im Maschinenbau haben sich nicht bestätigt. Die Branche legte nur eine Atempause ein, um im Jahresverlauf 2005 ihren Wachstumskurs nahezu unbeirrt fortzusetzen. Über das Jahr gesehen sollte die Maschinenproduktion um preisbereinigt 4% zulegen. Und weiterer Zuwachs ist in Sicht: Für 2006 prognostiziert der Branchenverband VDMA ein Plus von 2%.

Nach einem verhaltenen Start im ersten Quartal 2005 nahm die Maschinenproduktion im Jahresverlauf wieder deutlich Fahrt auf. In den ersten drei Quartalen des Jahres betrug der Produktionszuwachs im Vergleich zum Vorjahr 3,7%. Der Produktionsanstieg ist damit etwas kräftiger ausgefallen, als noch im letzten Herbst von den VDMA-Volkswirten erwartet. Unterm Strich wird am Jahresende wohl statt einer drei eine vier vor dem Komma stehen.

Auftragseingang: Inland enttäuschend – Ausland dynamisch

Die Angleichung der Wachstumskräfte zwischen Inlands- und Auslandsgeschäft ist hingegen weitgehend ausgeblieben. Die Inlandsorders lagen in den ersten neun Monaten des Jahres laut VDMA-Statistik um 5% real unter dem zugegeben vergleichsweise hohen Vorjahresniveau. Die Hoffnungen auf ein Ende des Investitionsstaus in Deutschland wurden enttäuscht. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil im gleichen Zeitraum die Bestellungen der Euro-Partnerländer um nicht weniger als 13% real gestiegen sind. Dahinter steckt zwar eine Reihe von ungewöhnlichen Großaufträgen. Zudem weist die Auftragseingangsstatistik für den Euro-Raum nach der Umstellung vor drei Jahren noch einige Ungereimtheiten auf. Doch es bleibt dabei: Der Absatz deutscher Maschinenbauprodukte in die Nachbarländer läuft offenbar besser als auf dem Heimatmarkt.

Insgesamt wuchsen die Auslandsbestellungen bis einschließlich September um 6% real. Diese vermeintliche „geringe Dynamik“ bedarf der näheren Erläuterung. Zum einen spielt wie so oft in der Statistik der so genannte Basiseffekt eine Rolle: Das Expansionstempo der Auslandsorders war in den ersten drei Quartalen des Vergleichsjahres 2004 am höchsten. In sechs von neun Monaten wies die Statistik Zuwachsraten im deutlich zweistelligen Bereich aus. Die Latte lag mithin hoch, und sie wurde mit Bravour genommen. Ein Blick auf die Auftragseingangskurve zeigt zudem, dass zwischen diesen beiden Tops eine ausgeprägte Delle lag, auf die eingangs bereits hingewiesen worden ist. Die Dynamik, mit der die Auslandsbestellungen im Jahresverlauf 2005 wieder anzogen, steht der des Vorjahres also in nichts nach. Schließlich verbirgt sich hinter dieser Entwicklung eine regionale Verschiebung der Absatzmärkte. Um diese zu verdeutlichen, bedarf es der Analyse der Ausfuhren. Denn weder die amtliche noch die VDMA-Auftragseingangsstatistik lässt eine tiefer gehende regionale Aufteilung der Auslandsbestellungen zu.

Export: Chinaausfuhren stagnieren – OPEC-Länder kaufen kräftig ein

Nachdem 2004 ausnahmslos alle Absatzregionen deutliche Plusraten aufwiesen, konnten 2005 die Maschinenausfuhren nach Ost- und Südostasien nur wenig mehr als das Vorjahresniveau halten. Ursächlich hierfür ist die gedämpfte Nachfrage Chinas.

Andere Auslandsmärkte, vor allem Russland sowie die Erdöl exportierenden Staaten aus dem arabischen Raum und Nordafrika gewinnen dagegen an Bedeutung. Die deutsche Außenhandelsstatistik weist allein bis September 2005 einen Zuwachs der Maschinenexporte in die OPEC-Länder von 20,5% aus. In einzelne Ländern wie dem Iran, Saudi-Arabien, Ägypten oder Libyen lieferte und installierte der deutsche Maschinenbau zwischen 40 und 50% mehr Maschinen und Anlagen als noch vor Jahresfrist. Jedes Land steht zwar für sich genommen für geringere Ausfuhrvolumina als das Schwergewicht China, das aktuell (Januar-September 2005) einen Anteil von 7,3% an den deutschen Maschinenexporten hat. In der Summe kommen jedoch auch bemerkenswerte Volumina zusammen. So entfallen im oben genannten Zeitraum auf Russland 3,5% und auf die OPEC-Staaten 4,4% des Exportkuchens. Dabei profitieren deutsche Maschinenbauer nicht allein von der wachsenden Nachfrage nach Anlagen zur Öl- und Gasgewinnung und dessen Transport. Manches Rohstoff exportierende Land nutzt den Geldsegen via intensivem „Petro-Dollar-Recycling“ zum Auf- und Ausbau einer diversifizierten industriellen Infrastruktur und geht in Deutschland als bevorzugtem Lieferanten für hochwertige Investitionsgüter auf Einkaufstour.

Für ständigen Gesprächsstoff im Kreise der Maschinenbauer sorgt ferner Indien. Die Lieferungen nach Indien konnten – wiederum Stand September 2005 – im bisherigen Jahresverlauf um mehr als 49% expandieren.

Aussicht auf verhalten weiter wachsende Weltwirtschaft

Die Zweifel an der Nachhaltigkeit des globalen Wachstums haben sich in den vergangenen Monaten spürbar verringert. Trotz des erheblichen Gegenwindes drastisch steigender Energiepreise wird allgemein erwartet, dass die weltweite Industrieproduktion weiter steigt. Erste Frühindikatoren zeigen auf zahlreichen Märkten eine Fortsetzung des Erholungsprozesses an, der auch noch im Jahr 2006 tragen sollte.

Die Konjunktur in den USA erweist sich als sehr robust. Das Leistungsbilanzdefizit, die hohen Budgetdefizite, der extrem hohe Ölpreis und das starke BIP-Wachstum bergen zwar die Gefahr weiterer Zinserhöhungen. Die Kreditnachfrage, ein ausgewiesen verlässlicher Indikator für gewerbliche Investitionen, deutet bereits eine Abschwächung der Dynamik an. Gleichwohl sehen wir in den USA nach wie vor ein günstiges Investitionsumfeld. Das Auslaufen steuerlicher Fördermaßnahmen hat nicht zu den befürchteten Rückgängen der Investitionsgüternachfrage geführt. Von den Geschäftsklimaindikatoren kommen zudem nach wie vor positive Vorgaben, so dass wir von einer wenn auch moderaten Fortsetzung des US-amerikanischen Investitionszyklus ausgehen.

Euroland wird wie Japan nach einer etwas schwächeren Phase einen neuen Anlauf zu einem Aufschwung nehmen. Der Spielraum der öffentlichen Haushalte in Europa bleibt zwar auch in Zukunft sehr begrenzt. Doch die günstige Lohnstückkostenentwicklung stärkt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen – vor allem in Deutschland. Zudem erlaubt die Lohnzurückhaltung der EZB eine weiterhin expansive Geldpolitik, sodass nennenswerte Zinserhöhungen auf Jahressicht nicht zu erwarten sind. Solange eine drastische Aufwertung des Euro unterbleibt, hat Euroland also gute Chancen auf eine nachziehende leichte Erholung. Die Region bleibt aber weiterhin hinter dem Tempo der Weltwirtschaft zurück.

Von der VR China, Wachstumsgarant für die Maschinenbauer der letzten Jahre, sind im kommenden Jahr insgesamt kaum zusätzliche Impulse zu erwarten. Die deutschen Maschinenexporte ins Reich der Mitte wuchsen 2005 (Januar bis September) im Durchschnitt um 1,8%, nachdem in den ersten Monaten des Jahres sogar ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Auch wenn die lokale Investitionsgüternachfrage nur geringfügig an Dynamik verliert, droht die restriktive Kreditvergabe sowie die Bevorzugung heimischer Produkte auf die chinesische Nachfrage nach deutschen Maschinenbauprodukten zumindest in einigen Fachzweigen spürbar durchzuschlagen. Das Risiko eines Einbruchs der Konjunktur im Reich der Mitte ist jedoch angesichts der nach wie vor starken Impulse durch die Integration in die Weltwirtschaft eher gering.

Weiterhin gute Geschäfte winken dagegen in anderen aufstrebenden Schwellenländern sowie den Rohstoff exportierenden Staaten. Erstere, hier vor allem Indien, greifen das Beispiel Chinas begierig auf und forcieren ihre Industrialisierung. Letztere wie der Iran oder Russland werden durch steigende Öl- und Gaseinnahmen konjunkturell beflügelt und investieren breit gefächert. Davon kann der deutsche Maschinenbau profitieren. Dabei bestehen freilich nicht unerhebliche Risiken. Während im Iran der Regierungswechsel sowie das Beharren auf einem eigenen Atomprogramm belasten, stehen in Russland strukturelle Defizite einem nachhaltig raschen Wachstum entgegen.

Warten auf Auflösung des deutschen Investitionsstaus

Auch die deutsche Wirtschaft dürfte im kommenden Jahr endlich einen Tick schneller drehen als 2005. Der seit 1999/2000 aufgelaufene Investitionsstau, höhere Unternehmensgewinne, anhaltendes Exportwachstum und eine leichte Belebung des privaten Konsums bieten durchaus Chancen für eine zaghafte Erholung der Inlandsnachfrage nach Investitionen.

Diese tut auch dringend Not: Die Ausrüstungsinvestitionen in Deutschland sind seit ihrem letzten Hoch Ende des Jahres 2000 bis zu ihrem Tief Anfang 2004 um rund ein Drittel gesunken. Das 2004 insgesamt erzielte Volumen von 148,4 Mrd. Euro reicht gerade noch für ein Wachstum des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials von rund 1% – zu wenig für einen Abbau der Arbeitslosigkeit. Beunruhigend ist vor allem, dass der Modernitätsgrad unserer Produktionsanlagen leidet. Während die deutsche Investitionsgüterindustrie alle Welt mit modernsten Ausrüstungen beliefert und damit zur Wettbewerbsfähigkeit der anderen beiträgt, geht die Modernisierung der deutschen Industrie im internationalen Maßstab zu langsam voran.

Der Sachverständigenrat hat in seinem jüngsten Jahresgutachten für 2006 eine Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen von insgesamt 4,3% nach 4,2% im Jahre 2005 prognostiziert. Deutsche Bank Research erwartet eine noch deutlichere Aufwärtsbewegung mit einem Plus der Ausrüstungsinvestitionen von 6%.

Investoren brauchen politisch klare Vorgaben

Für einen kräftigen Anstieg sprechen die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, die erfolgte Konsolidierung der Bilanzen und die Notwendigkeit zur Modernisierung, teilweise auch Erweiterung der maschinellen Anlagen. Gemessen am Investitionsvolumen des Jahres 2000 wurden allein im Bereich der Ausrüstungsinvestitionen in den letzten fünf Jahren zusammen genommen gut 110 Mrd. Euro weniger investiert. Die so unerwartete, nun auslaufende Ersatzwelle bei leichten und schweren Nutzkraftfahrzeugen hat beispielhaft gezeigt, welche Dynamik eine aufgestaute Nachfrage entwickeln kann. Ähnliche Beobachtungen machen wir regelmäßig im Baumaschinensektor. Angesichts nach wie vor unsicherer politischer Vorgaben erscheinen uns die prognostizierten Steigerungsraten gleichwohl ehrgeizig. Auch in einem wieder positiveren Umfeld werden Investoren sehr selektiv vorgehen und größere Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen sorgfältig prüfen. Das gilt quer durch alle Branchen.

Bei den am Weltmarkt orientierten, vom Exportboom profitierenden Industriezweigen kommt hinzu, dass die internationale Nachfrage mit weiter steigender Tendenz aus lokaler Produktion, also vor Ort bedient wird. Selbst wenn es gelingt, deutschen Direktinvestitionen im Ausland deutsche Produktionstechnologie folgen zu lassen, wird manche Maschine zwangsläufig in der Exportstatistik auftauchen anstatt als deutsche Ausrüstungsinvestition.

Maschinenbau 2006: Drittes Wachstumsjahr in Folge

Als Ergebnis aller dieser Überlegungen lässt sich Folgendes festhalten: Die Nachfrage nach deutschen Maschinenprodukten sollte im kommenden Jahr wieder aus zwei Quellen gespeist werden – dem steigenden Bedarf nach Ausrüstungsgütern im Inland und dem regional sehr unterschiedlich ausfallenden Nachfragesog der ausländischen Kunden. Haupttriebfeder des Wachstums bleibt jedoch der Export, der wiederum angetrieben wird vom vorerst weiter steigenden Weltsozialprodukt. Wegen der dämpfenden Effekte des hohen Rohölpreises, tendenziell höheren Notenbankzinsen und der unverändert strikten Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand in der EU wird die Dynamik der Jahre 2004 und 2005 allerdings nicht erreicht werden können. Unter der Maßgabe, dass exogene Schocks ausbleiben, taxieren wir den Zuwachs der deutschen Maschinenbauproduktion im Jahr 2006 auf real plus 2%. Das wäre für den deutschen Maschinenbau das dritte Wachstumsjahr in Folge. Der Zuwachs der Jahre 2004 bis 2006 beliefe sich auf kumuliert rund 12%.

Anforderungen an die neue Regierung

Die Wirtschaftspolitik des Bundes steht zu Beginn der 16. Legislaturperiode vor außergewöhnlich schwierigen Aufgaben. Sie muss zum einen tragfähige Antworten auf die tief greifende öffentliche Finanzkrise finden – das verlangt ein hohes Maß an Konsolidierungsdisziplin. Zum anderen darf sie mit Einsparungen und mit steuerlichen Maßnahmen nicht so weit gehen, dass die beginnende Investitionskonjunktur abgewürgt wird, bevor sie sich recht entfalten kann.

Die Strategie der großen Koalition ist so einfach wie verwegen. Sie will 2006 der Konjunktur – unter Inkaufnahme eines eigentlich verfassungswidrigen Haushaltes – mit Nachfrageimpulsen so viel Schwung verleihen, dass sie die unausweichlichen, aber auf 2007 vertagten steuerlichen Maßnahmen wegstecken kann. Ob die

Rechnung aufgeht, ist offen. Die Gefahren liegen auf der Hand: Was im kommenden Jahr in Form vorgezogener Nachfrage zu mehr Wachstum beiträgt, wird nach der Anhebung der Mehrwertsteuer und nach der Kappung so genannter Steuervergünstigungen als Nachfrageausfall zu verbuchen sein. Dass 2007 ein verfassungsgemäßer und EU-konformer Bundeshaushalt herbeikonsolidiert werden kann, ist angesichts dieser schon heute absehbaren konjunkturellen Bremswirkungen mehr als fraglich.

Ob es gelingen kann, wird am Ende nicht an dem liegen, was an Maßnahmen im Koalitionsvertrag steht. Entscheidend wird sein, den Unternehmen ein Umfeld zu bieten, in dem es sich lohnt, Innovationen voranzutreiben und in Arbeitsplätze zu investieren. Den Weg, hierfür die Arbeitsmärkte weiter zu deregulieren, will die neue Bundesregierung nicht gehen. Umso mehr wird sie sich darauf einlassen müssen, das steuerliche Terrain günstiger zu gestalten. Die für 2008 angekündigte umfassende Unternehmensteuerreform ist zunächst bloß die Taube auf dem Dach. Der Spatz in der Hand, um im Bild zu bleiben, ist die vorübergehende Rückkehr zu den Abschreibungsbedingungen, die vor dem Jahr 2000 galten. Diese Maßnahme ist ein eindrucksvolles Zeichen dafür, dass die Bundesregierung Notwendigkeit und Dringlichkeit der Bekämpfung der Investitionsschwäche erkannt hat.

Es ist durchaus richtig, dabei an den Abschreibungsbedingungen anzuknüpfen. Über die konkrete Ausgestaltung sollte jedoch noch einmal nachgedacht werden. Denn die vorgeschlagene allgemeine Abschreibungserleichterung ist teuer und wenig zielgenau. Die Bundesregierung wäre gut beraten, sich in der jetzigen Situation auf solche Investitionen zu fokussieren, die über das hinausgehen, was ein Unternehmen im Durchschnitt der vorangegangenen drei Jahre investierte. Diese Mehrinvestitionen sollten sofort abgeschrieben werden können. Bei dieser Ausgestaltung würden Mitnahmeeffekte wirksam vermieden und die fiskalischen Kosten der Abschreibungserleichterung drastisch reduziert. Zugleich würde den Unternehmen viel klarer signalisiert, dass es hoch erwünscht ist, wenn sie mehr investieren und damit zugleich mehr für eine Wende zum Positiven tun. Mehr Investieren in Deutschland: das brauchen wir dringender denn je.